

mlung
es Reichsmieten
in Calw e. B.
tammheim
verrichteten Klein-
r benötigt, weitere
bis 10% verzin-
ch die vorhandenen
Anstalt aufs beste
an Gaben in Geld
stungsgegenstände
en Seiten kommen
me kleine Kinder.
len. Mühten sich
Hände finden, die
Schwachen unieres
ortes Jesu: „Wer
amen, der nimmt

en n. fonstigen
Mitglieder des
tungsanstalt:
erantmann Gös,
ert, Dekan Zeller,
wirt Rau, Schult-
oller, Forstmeister

enmehl
Bestalt 0,
kkmehl,
Rudeln
ppennudeln
mpfiehlt
sten Tagespreis
Gehring,
lg., Lederstraße.

rtung!
hwaren
er Art
Handgemachte,
festen Preisen.
licher Einhaltung
geg. Teilzahlung
toll, Haggasse.

Monate alten
Eber
erkauf aus
oh. Kirchherr.
die, rührige
pions-
fende
iesigen Bezirk,
Vertrieb von
stetischen
t, Werkstätt-
inkocher usw.
ort geacht.
ten unter G. N.
ie Annoncen-
on Heim und
Stutt. art.

en
lag;
ken.



Nr. 72 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.
Erscheinungstermine: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 120 M., Familienanzeigen 75 M., Reklamen 350 M. Auf Sonntagsbeilagen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9.
Dienstag, den 27. März 1923.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3400 M. monatl. Postbezugspreis 3400 M. ohne Bestellgeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichszankler ist immer noch erkrankt; an seiner Stelle wird der deutsche Reichsaussenminister heute vor dem Reichstagsauschuss des Auswärtigen über die politische Lage sprechen. Daß diese Erklärungen nicht vom Reichszankler abgegeben werden, hängt wohl mit der Zurückhaltung des letzteren infolge der Ereignisse im Innern zusammen, die die Gefahr schwerer innerer Erschütterungen in sich tragen. Da von amtlicher Seite bisher noch nichts Positives über das Material bekannt geworden ist, das zur Verhaftung der Führer der deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen geführt hat, so ist es heute noch nicht möglich, ein sicheres Urteil über die Urheber dieser heftigen Vorgänge zu fällen, deren Weiterentwicklung uns nicht nur in den Bürgerkrieg führen muß, sondern infolge des dann bestimmten Einmarsches Frankreichs zum Verlust der deutschen Einheit.

Die englisch-französischen Auseinandersetzungen in Presse und Volksvertretung über die Ruhez- und Reparationsfrage nehmen ihren Fortgang, ohne daß irgendwelche positiven Ergebnisse sich herauskristallisieren vermögen, was ja wohl auch nicht beabsichtigt ist. Der Eindruck wird immer stärker, daß England, wie üblich nach und nach ganz sich dem französischen Standpunkt unterordnet, wofür die Franzosen hinsichtlich der englischen Politik im Orient ein Auge zudrücken.

Die französische Gewaltpolitik. Zur Lage.

In den letzten Wochen wurden von französischer Seite verschiedene Gerüchte in Umlauf gesetzt, die sich mit angeblichen Vermittlungsgesuchen Deutschlands bei neutralen Staaten und mit angeblich bevorstehenden Interventionen Frankreichs befreundeter oder neutraler Staaten beschäftigten. Den äußeren Anlaß zu den darauf folgenden Dementis mag vielleicht die Tatsache gegeben haben, daß die deutsche Regierung an alle Staaten eine Note gerichtet hatte, in der sie den deutschen Standpunkt zu dem völkerrechtswidrigen Ruhereinbruch der Franzosen gekennzeichnet hatte, worin diese vielleicht ein verschieleertes Vermittlungsgesuch erblickt haben, und die Tatsache, daß in alliierten wie neutralen Staaten Interpellationen an die Regierungen zum Zweck der Herbeiführung von Vermittlungsgesuchen gerichtet worden waren. Der innere Grund für die Stellungnahme der französischen Regierung zu diesen Gerüchten dürfte aber in dem Bedürfnis zu suchen sein, sowohl die Alliierten wie die Neutralen und letzten Endes auch Deutschland darüber zu „unterrichten“, wie sich Frankreich die Lösung des Konfliktes vorstellt. Wie wiederholt halbamtlich und auch offiziell von Regierungsseite erklärt worden ist, vertreten die französischen Machthaber folgende Auffassung: Frankreich betrachtet jedes Vermittlungsgesuch als unfreundlichen Akt, Frankreich nimmt auch kein indirektes, also von irgend einem andern Staat überreichtes Verhandlungsangebot von Deutschland an, und schließlich erklärt sich Frankreich gnädigst bereit, nur ein direktes positives Angebot von deutscher Seite anzunehmen. Was man unter „positivem“ Angebot versteht, wird nicht gesagt, wir können es aber aus der französischen Presse leicht erkennen: Unterwerfung unter das französische Diktat in bezug auf die Reparationslieferungen, vorläufige Beibehaltung der Besetzung des Ruhrgebiets bis zur Feststellung der tatsächlichen Leistung. Also auf jeden Fall will Frankreich seine „Pfänder“-Politik fortführen, und damit diese nicht eingestellt werden muß, werden eben die Forderungen so hoch gestellt, daß sie nicht erfüllt werden können.

Wie stellen sich nun die andern Staaten zu dieser Gewaltpolitik. Wenn die kleinen neutralen Staaten Europas, obwohl sie gemeinschaftlich immerhin wenigstens einen starken moralischen Druck ausüben in der Lage wären, keinen Einspruch gegen das namentlich ihre wirtschaftlichen Interessen schwer schädigende Vorgehen der Franzosen im Rheinland und Ruhrgebiet erheben, so ist das verständlich, wenn aber die großen Staaten, namentlich England, Italien und Amerika, die angeblich diese Gewaltpolitik nicht billigen, erklären, sie könnten in der Angelegenheit nichts tun, weil Frankreich eine Vermittlung ablehne, so ist es vielleicht doch angebracht, auf die Haltung dieser Staaten während des Weltkriegs hinzuweisen, wo England von Völkern forderte, daß es sich dem Urteil einer „internationalen“ Konferenz darüber unterwerfe, ob es die dauernde Hezerei und Wühlarbeit des kleinen Serbien sich wei-

ter gefallen lassen solle, wo Italien seine „Neutralität“ nur durch Abtretung großer östreichischer Besitzes bezahlt wissen wollte und Amerika zu Gunsten Englands planmäßig den deutschen Abwehrkampf zur See durch Drohungen unwirksam zu machen suchte. Heute ist das natürlich etwas anderes, weil man dem befreundeten Frankreich gegenüber anders zu handeln hat als feinerzeit dem verhassten Deutschland und seinem Bundesgenossen gegenüber. Solche Tatsachen festzustellen ist aber immer wieder gut, man wird dann besser vor Illusionen bewahrt, die man auf Erklärungen von Staatsmännern, Politikern oder der Presse dieser Staaten etwa aufzubauen geneigt ist. Es wird vielfach bei uns übersehen, daß die Feindseligkeit in den vorgenannten Staaten gegen Deutschland, die sich auf die Furcht vor unserer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Wiedererstarkung gründet, dauernd besteht, daß sie, wie wir aus verschiedenen Quellen wissen, namentlich in England und Amerika seit dem Ruhrkonflikt erneut verstärkt worden ist, jedoch wir die mancherlei „Aktionen“ im parlamentarischen und sonstigen öffentlichen Leben in ihrer Wirkung selbst entsprechend einschätzen können. Nachdem im englischen Unterhaus die Ruherinterpellation mit der Erklärung der Regierung geendet hatte, daß man nicht intervenieren könne, solange Frankreich es nicht wünsche, wurde im Oberhaus die Regierung gefragt, was sie zu den französischen Rüstungen in der Luft sage. Es wurde gefragt, was denn eigentlich die gewaltigen Rüstungen Frankreichs zu bedeuten hätten, da doch, wie von dem Vertreter in der alliierten Militärkontrollkommission festgestellt worden war, die Entwaffnung Deutschlands effektiv sei. Auch wurde betont, daß man die Rüstungen deshalb nicht verstehen könne, weil Frankreich doch angeblich kein Geld habe und auch seine Schulden an die Alliierten nicht zu bezahlen vermöge. Von Regierungsseite wurde der ganzen Angelegenheit wie üblich ein freundschaftlicher Hintergrund gegeben, indem man feststellte, daß die Anfragen selbstverständlich nicht feindseliger Stimmung entsprungen seien, daß man aber die Frage der Aufrüstungen prüfen werde.

Von Interesse ist bei allen diesen Debatten die immer wiederkehrende Frage der Sicherheit, die man Frankreich bieten könnte. Man arbeitet hier augenscheinlich den Franzosen in die Hände, die schon seit längerer Zeit die Reparationsfrage gegenüber der „Sicherheits“-Frage in den Hintergrund zu drängen suchen. Nach dem ganzen propagandistischen Aufmarsch der französischen Presse zu schließen will man diesmal die schon 1919 gewünschte „positive Sicherheit“ Frankreichs durchbrücken, d. h. man will die französische Auffassung anerkannt wissen, daß das linke Rheinufer, das Saargebiet und wahrscheinlich auch das Ruhrgebiet von Deutschland dauernd zu trennen seien, zwecks Schaffung eines „neutralen“, vom Völkerverbund, diesem herrlichen Gewächse des „internationalen“ Rechtsgebantens garantierten Pufferstaats, selbstverständlich unter wirtschaftlicher und politischer Orientierung nach Frankreich. Es wird also von französischer Seite darauf hingearbeitet, daß nicht nur das Reparationsproblem nach den Wünschen Frankreichs gelöst wird, sondern daß überhaupt der gesamte Versailler „Vertrag“ umgestoßen wird, und zwar in der Richtung, daß die wenigen Garantien der Deutschland noch verbliebenen Selbständigkeit auch noch für uns verloren gingen. Was Frankreich will, ist ganz klar. Es will erstens das deutsche Wirtschaftsleben dauernd fesseln und kontrollieren durch Besetzung unserer Industriezentren im Westen, es will aber auch die deutsche Einheit zerstören durch Trennung des Nordens und Südens wie aus den ausgedehnten Plänen in München hervorgeht, weil es eben die Einheit Deutschlands als stete Gefahr für seine „Sicherheit“ betrachtet, d. h. die Sicherheit seiner Vormachtspolitik in Europa, und im Zusammenhang damit seiner Raub- und Expansionspolitik. Diese Politik ist historisch fundiert seit dem 30jährigen Kriege, sie ist zeitweise gezwungenermaßen zurückgedrängt worden, sie ist aber stets mit aller Brutalität in Erscheinung getreten, wenn das deutsche Volk geschwächt oder uneinig war. Heute glaubt Frankreich wiederum sein Ziel erreichen zu können, und wiederum baut es nicht nur auf unsere Schwäche, sondern auch auf unsere Uneinigkeit, wie die vielerlei Versuche zeigen. Werden wir nach den Erfahrungen der 30jährigen Geschichte nochmals unsern Feinden das schändliche Schauspiel innerer Befehdung angesichts des härtesten Kampfes geben, den wir jetzt, wenn auch in passiver Form um unsere Existenz führen müssen? Von außen, das dürfte doch jetzt bald jedermann eingesehen haben, haben wir keine Hilfe zu erwarten, im Gegenteil müssen wir uns davor hüten, daß wir den mancherlei Sirenengesängen nicht folgen, denn sie könnten uns erst recht zum Verhängnis werden. Also gilt es für uns vorläufig nur ruhig auszuhalten. Der deutsche Reichszankler hat klar und deutlich nach Paris zu verstehen gegeben, wir wollen

Reparationen leisten, und sogar große Lasten auf uns nehmen, aber unsere Souveränität und unsere wirtschaftliche Existenzmöglichkeit lassen wir nicht weiter angreifen. Auf der Grundlage dieser Verteidigungsformel können sich alle treffen, die deutsch empfinden und denken, und die nicht egoistische Interessen über den vaterländischen Gebanten stellen wollen. O. S.

Das Raubsystem.

Paris, 26. März. Im Anschluß an die Verordnungen der interalliierten Rheinlandkommission und des Oberkommandos der französisch-belgischen Befehlsarmee vom 15. bzw. 23. März, die wie gemeldet, die Beschlagnahme von Gegenständen und Waren aller Art vorsehen, die auf Grund der deutschen Sachleistungsverpflichtungen bestellt, aber im besetzten Gebiet verblieben sind, gibt das Ministerium für die befreiten Gebiete bekannt, daß das franz. Restitutionsamt in Wiesbaden mit der Durchführung dieser Bestimmungen vertraut ist und die Listen sämtlicher Waren besitzt, die die Geschädigten entweder auf Grund des Aushangs 4 oder auf Grund des Gilletschen Abkommens bei deutschen Staatsangehörigen bestellt hatten. Das Restitutionsamt hat diese Waren nach den von den Geschädigten in den Kontrakten mit ihren Lieferanten vereinbarten Bestimmungen an die Lieferanten zu leisten. — Die interalliierte Rheinlandkommission und das Oberkommando der französisch-belgischen Befehlsarmee hat ferner die Beschlagnahme der auf Grund einfacher Handelsgeschäfte von französischen bei deutschen Staatsangehörigen bestellten Gegenstände aller Art angeordnet, soweit die Lieferung völlig bezahlt oder die Lieferungstrift abgelaufen und der alliierte Staatsangehörige bereit ist, eine Zahlung an den deutschen Staatsangehörigen zu leisten.

Immer neue Truppentransporte ins Ruhrgebiet.

Paris, 26. März. Der „Populaire“ berichtet von Truppenbewegungen aus Cherbourg nach dem Ruhrgebiet. Das erste Kolonialregiment erhielt Abreisebefehl. Bis jetzt ist von dem Regiment eine Truppe von 100 Mann abgegangen. Auch vom 24. und 25. Linienregiment und vom 136. Infanterieregiment werden heute Mannschaften nach dem Ruhrgebiet abgefördert.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Karlsruhe, 26. März. Eisenbahnerinspektor Hertlein in Offenburg wurde von dem franz. Militärgericht in Rehl zu 15 Tagen Gefängnis und 50 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil man bei einer Hausdurchsuchung, die bei ihm nach Dienstaten, Plänen und Lohnlisten vorgenommen wurde, einen alten Revolver gefunden hatte, von dessen Vorhandensein ihm nichts bekannt war. — Der Eisenbahnerinspektor Meier wurde zu 30 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil man bei einer Hausdurchsuchung einige Patronen, jedoch ohne Schußwaffe, vorgefunden hatte.

Berlin, 26. März. Nach eingegangenen Nachrichten sind die Zustände im Gefängnis in Zweibrücken, wo die Mehrzahl der mit gefangenenschaft bestraften deutschen Beamten untergebracht ist, überaus unwürdig. Augenzeugen berichten, daß diesen Gefangenen alle Vorteile, wie sie sonst den politischen Gefangenen gewährt werden, verweigert sind. Verboten sind Rauchen, Lektüre, Korrespondenz, Beschaffung anderer Kost usw. Die Behandlung sei die gemeiner Verbrecher, mit denen die Gefangenen auch zusammengespart sind. Ferner wird die schlimmste Form der Einzelhaft angewandt, die Bewachung geschieht durch Turkos.

Mainz, 26. März. Der kürzlich verhaftete Direktor des „Mainzer Anzeiger“, Will, ist gestern mit Familie ausgewiesen worden.

Berlin, 26. März. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus dem Ruhrgebiet besetzte gestern ein Bataillon Belgier die sämtlichen Anlagen der städt. Koferei Rheinbaben einschließlich der Schachteingänge. Der Betriebsrat erklärte sofort, daß die Arbeiterschaft die Arbeit niederlegen und erst wieder aufnehmen werde, wenn die Truppen das Zechengebiet verlassen hätten. Die Arbeit ruht seit heute morgen vollständig.

Bochum, 27. März. Vom Militärpolizeigericht in Werden wurde der Bürgermeister Hopmann aus Kettwig zu sechs Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er dafür verantwortlich gemacht wurde, daß Eisenbahnarbeiter, die aus ihren Wohnungen fortgezogen seien, Eisenbahnmateriale mitgenommen hätten, ferner weil er einem Requi-

Stionsbefehl, 55 Betten zu stellen, nur zögernd Folge geleistet habe und weil er bei einem Besuch der Befehlsbehörde auf dem Bürgermeisteramt nicht anwesend gewesen sei.

Betriebstechnische Unfähigkeit der Belgier.

Berlin, 27. März. Zu der Befehlsbehörde der staatlichen Zeche „Rheinbaben“ meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Bottrop, daß die Verladeapparate der Zeche von den Belgiern nicht gehandhabt werden können und daß sie daher gezwungen sind, neue Anlagen unter großen Kosten zu schaffen, die in keinem Verhältnis zu der zum Abtransport fertigen Menge Koks stehen. Die Zivilarbeiter, die die Belgier mitgebracht haben, bestehen zu einem großen Teil aus Italienern.

Die vergeblichen Bezeichnungen der Franzosen in der Nordangelegenheit der beiden französischen Offiziere.

Berlin, 27. März. Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Buer zufolge wurde gestern endlich der deutsche Hauptzeuge in der Angelegenheit der Ermordung der beiden französischen Offiziere, der Bergmann Winking, freigelassen, nachdem 11 Tage lang von französischer Seite aus ein Druck auf ihn ausgeübt worden ist, eine Erklärung zu unterschreiben, worin er seine Aussagen widerrufen sollte.

Beschlagnahme des staatlichen Weinbaus.

Wiesbaden, 26. März. Nachdem die Weinbaudomänen an der Mosel bereits vor zehn Tagen beschlagnahmt worden sind, wird jetzt, laut „Rheinische Volkszeitung“, in einem Erlaß der Rheinlandskommission auch die Beschlagnahme der Weinbaudomänen im Rheingau angeordnet. Die Beschlagnahme bezieht sich auf die Weinberge, die Gebäude und die in den Kellern lagernden Weine.

Die französischen Bemühungen zum Abtransport der Kohlen.

Berlin, 26. März. Die Franzosen haben weitere Arbeitslose aus Straßburg nach Offenburg gebracht zur Verladung der dort noch lagernden Reichsdienstkohlen. Die Kohlenzüge werden dann durch das Elsaß nach der Pfalz geführt und dann erst nach Frankreich gebracht. Damit wollen die Franzosen den Anschein nach einem regen Kohlentransport aus Deutschland nach Frankreich ausführen. Ferner haben die Franzosen aus der Offenburger Reparaturwerkstätte mehrere Werkzeugmaschinen, Drehbänke und verschiedene Krane weggeführt, außerdem eine Anzahl in Reparatur befindlicher Lokomotiven, darunter eine Schnellzuglokomotive.

Ein französischer Schreckhauch nach London.

London, 26. März. Ein Teil der englischen Presse schenkt dem am Sonnabend im Pariser „Figaro“ veröffentlichten Artikel große Beachtung. In dem Artikel wurde die Anzuehmlichkeit Frankreichs mit der Entwidlung seit dem Waffenstillstand, namentlich auch mit der Haltung Bonar Law's ausgedrückt und am Schluß betont, Frankreich müsse seine Zukunft durch neue Bündnisse sicherstellen und zwar mit Mächten, die durch die Gegenseitigkeit ihrer Interessen mit Frankreich verbunden wären. Zum Teil wird in der Londoner Presse der Artikel als ein Angriff auf die Entente betrachtet. „Daily Mail“ wirft die Frage auf, ob Poincaré der Verfasser sei. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt, es sei bemerkenswert, daß nach der Entmutigung, die in der letzten Zeit das ganze Gerede über neue europäische Gruppierungen erfahren habe, und nach den Versicherungen, daß die Entente die Grundlage jeder europäischen Politik bleiben müsse, einem unbekanntem Publizisten in einem derartigen Blatte eine so hervorragende Stelle eingeräumt werde, um die Unmöglichkeit eines französisch-britischen Einvernehmens darzulegen und offen die Notwendigkeit neuer Völkerverbindungen zu prüfen. — Diese von beiden Seiten geführten Scheingefechte mit Schlagpatronen kennt man nun endlich doch zur Genüge.

Die englischen Liberalen reden den Franzosen gut zu.

Donon, 26. März. Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, es sei unmöglich, zuzugeben, daß die Interessen Englands und Frankreichs unvereinbar miteinander und einander entgegengesetzt seien. England sei ebenso wie Frankreich vital an der Sicherheit Frankreichs und an der Bezahlung der Reparationen bis zur vollen Leistungsfähigkeit Deutschlands interessiert. Noch weniger als ein Bankrott Deutschlands wolle England einen Bankrott Frankreichs sehen. Die Interessen Englands und Frankreichs seien dieselben, es sei denn, daß Frankreich andere Interessen habe, die gegenwärtig zu erklären ihm seine Politik verbiete. Schließlich legt das liberale Blatt den Franzosen nahe, ihre Interessen unter einem weiteren Gesichtspunkt zu betrachten; denn wenn sie endgültig die Entente preisgeben, seien sie es, und nicht die Engländer, die den Preis bezahlen müßten. — „Westminster Gazette“ ist das Blatt des Ministerpräsidenten Asquith und der Liberalen.

Zur auswärtigen Lage.

Die Reparationskommission lehnt den deutsch-schweizerischen Vertrag ab.

Paris, 24. März. Die Reparationskommission hat sich, wie aus einem heute veröffentlichten Communiqué hervorgeht, am Mittwoch mit dem deutsch-schweizerischen Versicherungsvertrag beschäftigt. Da das Abkommen Deutschland finanzielle Lasten auferlegt, so heißt es in dem Communiqué, habe sich die Kriegslastenkommission einerseits und die schweizerische Regierung andererseits an die Reparationskommission gewendet und angefragt, ob sie die Ermächtigung zum Abschluß des Abkommens erteile oder nicht. Das Garantiefomitee, das auf Grund der ihm von der

Reparationskommission übertragenen Vollmachten zur Durchführung des Artikels 278 des Versailler Vertrags zuständig sei, habe bereits beschlossen, seine Zustimmung abzulehnen wegen der Verpflichtung Deutschland zur Zahlung in ausländischen Devisen, die der deutschen Regierung dadurch entsteht, während sie sich außerstande erklärt, ihren Reparationsverpflichtungen nachzukommen. Indessen hatte die Kommission wegen der politischen Folgen eines derartigen Beschlusses die Modifikation ihrer Entscheidung aufgehoben, bis die Reparationskommission davon unterrichtet war. Nachdem diese von der Sachlage Kenntnis genommen hat, hat sie endgültig beschlossen, die Entscheidung des Garantiefomitees zu beachten.

Konferenz der alliierten und deutschen Sozialisten über die Reparationsfrage.

Berlin, 27. März. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der sozialistischen Parlamentsfraktionen Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens und den Vertretern des deutschen sozialistischen Parteivorstandes sind gestern abend abgeschlossen worden. Mit dem Ergebnis wird sich die am 29. März erneut in Paris zusammentretende Konferenz der sozialistischen Parlamentarier befassen, zu deren Auffassung dann der deutsche Parteivorstand wiederum Stellung nehmen wird. Die Aussprache in Berlin ergab vollkommene Uebereinstimmung der sozialistischen Parteien in dem Entschluß, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, dem Ruhrabenteuer ein möglichst schnelles Ende zu bereiten und die endgültige Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen, die zur Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen führen, der Wahrung des europäischen Friedens dienen und der deutschen Leistungsfähigkeit Rechnung tragen soll.

Die Verschleppung des Friedens mit der Türkei.

Paris, 25. März. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel hat Adnan Bey eine Unterredung mit den alliierten Oberkommissaren hinsichtlich der Steuern und Steuern gehabt, die die türkische Regierung unmittelbar gegenüber den Ausländern anzuwenden gedenkt. Die englischen, amerikanischen und italienischen Versicherungsgesellschaften und sonstigen ausländischen Gesellschaften hätten aber erklärt, daß sie lieber ihre Geschäfte einstellen, als vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages Steuern zu bezahlen. Adnan Bey habe die Beunruhigung seiner Regierung über die langsame Prüfung der Gegenorschläge zum Ausdruck gebracht und erklärt, türkischerseits sei man bereit die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln zu prüfen. Die türkische Regierung verlange, daß eine neue Konferenz unverzüglich einberufen werde, da jede weitere Hinauszögerung die ernstesten Folgen nach sich ziehen könne.

„Ehrung“ des Hochverrätters Smeets durch einen französischen Nationalisten.

Paris, 26. März. Der Abgeordnete Maurice Barres hat einen längeren Brief an den rheinischen Sonderbündler Smeets gerichtet, den er in der Presse veröffentlicht läßt. In diesem Briefe erklärt der nationalistische Abgeordnete: Mit Ihnen wollte man die rheinische Idee erörtern. Aber da sie nunmehr mit Ihrem Blut bebedet ist, gewinnt sie an unwiderstehlichem Glanz. Es gibt keinen Mann mit gesundem Menschenverstand, der Sie, einen Bürger einer alten Zivilisation, nicht beklagt, der Sie die Brutalität der rassenpolitischen Politik Berlins zu tragen haben, niemand, der nicht die Notwendigkeit und die Gerechtigkeit des Rufes einsehen müßte: „Heraus mit den Preußen aus dem Rheinland!“ Der grundlegende Glaubenssatz, auf dem unser Einvernehmen beruht, ist die Überzeugung, daß die Hoheit im Rheinland den Rheinländern und nicht den Preußen gehören muß. — Barres gehört mit zu den intellektuellen Urhebern des Weltkriegs, den er mit seiner Propaganda gegen Deutschland seit Jahrzehnten geschürt hat.

Todesurteil an Geistlichen in Moskau.

Warschau, 27. März. Nach einer Meldung der „Polnischen Telegraphenagentur“ aus Moskau wurde gestern früh das Urteil in dem Prozeß gegen die katholischen Geistlichen verkündet. Der Erzbischof Jopka und der Prälat Jutkowi wurden zum Tode verurteilt, die anderen Geistlichen zu Gefängnisstrafen von 3 bis 10 Jahren. Die Vollstreckung der Todesurteile erfolgt am Donnerstag. — Wie die Warschauer Blätter melden, machte der polnische Ministerpräsident Sikorski gegenüber dem Sowjetvertreter in Warschau kein Hehl daraus, daß diese drakonischen Urteile in der polnischen Öffentlichkeit Erregung hervorzurufen würden. — Die Geistlichen waren der antibolschewistischen Propaganda beschuldigt worden.

Deutschland.

Der Reichskanzler noch krank.

Berlin, 26. März. Der Reichskanzler, der seit Sonnabend an einer leichten Erkältung leidet, konnte das Bett noch nicht verlassen.

Bevorstehende Erklärungen des deutschen Außenministers zur Lage.

Berlin, 27. März. Trotz der Erkrankung des Reichskanzlers ist die für heute einberufene Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nicht abgefragt worden. Laut „Vorwärts“ wird anstelle des Reichskanzlers der Reichsminister des Außen eine Erklärung über die Politik der Reichsregierung abgeben.

Zur Verhaftung der Führer der deutschvölkischen Freiheitspartei in Preußen.

Breslau, 24. März. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Juli hat der Oberpräsident Niederschlesiens zusammenhängend mit den Erklärungen Seiner im gestrigen Landtag Haftbefehle erlassen gegen den Ingenieur Erich Witt, gegen den Ingenieur Heinz Westinghausen, Frau Irmgard von Reichenau, den Kaufmann Hans Berner Strikus, sämtlich in Breslau, den Kaufmann

Johann Toeller in Trebnitz und den früheren Leutnant Forst v. Tettendon in Berlin. Die Polizei nahm ferner eine Reihe von Hausdurchsuchungen vor, wobei wichtiges Material zutage gefördert wurde.

Berlin, 26. März. In der Hochverratsache Noßbach und Genossen sind heute in Berlin drei weitere Personen festgenommen worden. Sie werden morgen dem Richter zugeführt. Die in der Provinz von der Berliner Polizei festgenommenen wurden inzwischen sämtlich den zuständigen Gerichten vorgeführt. Gegen 10 der Vorgeführten wurden richterliche Haftbefehle erlassen.

Berlin, 26. März. Laut „Berliner Tageblatt“ erhob die thüringische Landesregierung bei der Reichsregierung ernste Vorstellungen wegen der rechtsradikalen Umtriebe unter Vorlegung von Material über diese Treiberen. — Die vom preussischen Minister des Innern angeordnete Alarmbereitschaft der Schupo wird, dem gleichen Blatt zufolge, noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben. — Der „Vorwärts“ meldet aus München, daß dort am Sonntag früh aus Berlin, Nürnberg, Augsburg, Regensburg usw. Truppen von Falkenkreuzern eintrafen. An mindestens vier Stellen wurden Felddienstküngen abgehalten. Ein Paradezug vor Hitler und v. Raß schloß die Übungen. Wie das Blatt schreibt, war zweifellos am Sonntag mehr geplant als ein Generalappell. Der Putz sei im letzten Augenblick durch das Zugreifen in Norddeutschland verhindert worden. — Nach einer Meldung der „Börsen Zeitung“ haben sich an dem Ausmarsch der Hitler-Leute auch die Vereinigten vaterländischen Verbände beteiligt. Er, als gestern abend die Nationalisten demonstrativ den Bankkreis des Landtags durchbrechen wollten, trennten sich die Anhänger der vaterländischen Verbände von ihnen.

Jena, 26. März. Wie das „Volk“ meldet, hat die Polizei hier den Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Wünsche, und den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Korvettenkapitän a. D. Göttinger, festgenommen.

75. Gedenktag der Erhebung Schleswig-Holsteins.

Kiel, 24. März. (Wolff.) Stadt und Land der Provinz Schleswig-Holstein begehen heute in würdigen Feiern den 75. Gedenktag der schleswig-holsteinischen Erhebung. Die Stadt Kiel trägt reichen Flaggenschmuck, in dem die alten blau-weiß-roten Landesfarben vorzugsweise vertreten sind. Schon morgens begann hier die Feier mit einer Kranzniederlegung von etwa 60 Vereinsabordnungen an den Gräbern der Gefallenen auf dem St. Jürgen-Friedhof. Darauf begaben sich die Vereine im geschlossenen Zuge nach der Nikolaikirche, wo ein Festgottesdienst stattfand. Nach dem Gottesdienste traf der preussische Ministerpräsident Braun zur Teilnahme an der Gedenkfeier in der Aula der Universität ein, bei der Prof. Dr. Hartung den Festvortrag hielt. Nach Beendigung der Universitätsfeier fuhr der Ministerpräsident zu dem Festakt im Kollegienaal des Rathauses.

Vermischtes.

Flucht eines Milliardenbetrügers.

Hamburg, 24. März. Zur Flucht des Kaufmanns Philipp Wieselthal erfahren wir, daß Wieselthal eine Hamburger Großbank um 200 000—220 000 Dollars gleich 4—4½ Milliarden Mark schädigte. Die Bank gewährte ihm gegen Konnossemente Vorschüsse auf nach New York verschifft Chemikalien. Nach den Büchern verschifft Wieselthal Waren im Werte von 80 000 Dollars, während er rund 300 000 Dollar erhielt. Der Aufenthalt Wieselthals ist unbekannt.

Sarah Bernhardt †

Berlin, 26. März. Sarah Bernhardt ist heute abend um 8 Uhr gestorben. — Sarah Bernhardt gehörte zu den bekanntesten Schauspielerinnen Europas. Sie besaß ein starkes originelles Talent, das die Sucht nach Extravaganz freiste. Die Künstlerin hat ein sehr hohes Alter erreicht.

Aus Stadt und Land.

alw, den 27. März 1923.

Deutsche Pfadfinder.

Am Samstag hielt im Dreißigen Saal Herr Hende seinen angekündigten Lichtbildervortrag über „Deutsche Pfadfinder“. In längeren Ausführungen, unterstützt durch über 100 eigene Aufnahmen, zeigte der Vortragende, wie die deutschen Pfadfinder entstanden sind und was sie bezwecken, das Suchen und Finden des rechten Lebenspfades, der zur Gefundung an Leib und Seele führt. Jeder parteipolitische und konfessionelle Hader legt ihnen fern, alte deutsche Volkstugenden wollen sie in sich aufbauen, „alzeit bereit“ für den Mitmenschen und Volksgenossen sich einzusetzen. Im Anschluß an den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag forderte Herr Hende zur Gründung einer Pfadfinderschaft Calw auf, zu der sich auch sofort eine größere Anzahl junger Leute meldete. Anfragen betreffend die Pfadfinderschaft, die es sich angelegen sein lassen wird, zum Wohle der Calwer Jugend zu arbeiten, werden von dem genannten Herrn gern beantwortet.

Das Oberamt als Entscheidungsinstanz in Wohnungssachen.

* Wie uns mitgeteilt wird, werden die Beschwerden in Wohnungssachen vom Oberamt in nicht öffentlicher Sitzung entschieden, und nicht wie wir in unserem Bericht wohl infolge eines Fehlers brachten, in öffentlicher Sitzung.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Die Luftdruckverteilung ist andauernd so günstig, daß auch am Mittwoch und Donnerstag Fortsetzung des trockenen und milden Wetters zu erwarten ist.

Kauft keine belgische u. französische Waren.

Der neue Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung.

(Stuttg.) Stuttgart, 26. März. Zum Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ist anstelle des nach Montevideo entlassenen Geheimrats Schmidt-Estkop Geheimrat v. Stohrer ernannt worden. Er ist ein geborener Stuttgarter und Sohn des verstorbenen General v. Stohrer, 1883 geboren. 1909 trat er in die diplomatischen Dienste und war an mehreren europäischen Gesandtschaften und Botschaften tätig. Er hat sich auch schon journalistisch betätigt.

Eisenbahnunfall.

(Stuttg.) Friedrichshafen, 26. März. Der Samstagabend 6.20 Uhr hier abgehende Personenzug 677 (Richtung Radolfzell) ist auf Station Espasingen auf den zu überholenden Güterzug 8717 infolge falscher Weichenstellung stark aufgefahren. Lokomotive, Tender und Güterwagen des Personenzuges sind stark beschädigt und entgleist. Vom stehenden Güterzug sind vier Wagen, beladen mit Kohlen und Kohlen, ebenfalls stark beschädigt, entgleist und zum Teil zertrümmert. Drei Reisende und der Führer vom Personenzug trugen leichte Verletzungen davon. Personenzug 677 wurde durch die Lokomotive des Güterzugs weiterbefördert. Der Materialschaden ist bedeutend.

Riebelberg, 24. März. Die Landwirtschaftskammer Stuttgart hat auf Erlauchen der Gemeinde in dieser Woche hier einen fünftägigen Obstbaukurs abgehalten, der von hier und einigen Teilnehmern aus den Nachbargemeinden sehr gut besucht war trotz des schönen, die Frühjahrsarbeit fördernden Wetters. Herr Obstbauassistent Hiller verstand es in vortrefflicher Weise, in Vortrag und praktischen Unterweisungen das Interesse und Verständnis für den Obstbau zu wecken und zu fördern. Die Teilnehmer waren höchst befriedigt von dem Kurs und stellten sich gemäß dem Appell des Vortragenden zur Aufgabe, dem Obstbau, der in der Landwirtschaft ziemlich als Stiefkind behandelt wird, mehr das Augenmerk zu widmen und durch gute Düngung, Verjüngung, Vereidelung, richtigen Schnitt, Schädlingsbekämpfung und geeignete Sortenwahl den Obstbau zu fördern. — Im Obstbau liegt noch vieles im Argen und diese Zeilen sollen daher bezwecken, daß die Kurse, die so segensreich für den Einzelnen und für die Allgemeinheit wirken, mehr Eingang finden zur Förderung des gesamten Obstbaues. Der Landwirtschaftskammer gebührt großer Dank, daß sie sich so vielseitig zum Nutzen unseres Volkswohls betätigt.

(Stuttg.) Wilddorf, 26. März. In der Nähe der Sprosselmühle kam der Fuhrmann Christian Kummer, als er sich an der Bremse zu schaffen machte, unter sein mit Papierholz beladenes Fuhrwerk. Die Räder fuhren ihm über den Kopf weg, so daß der Tod alsbald eintrat.

(Stuttg.) Wiblingen, 23. März. Im Ehninger Wald wurde ein Mädchen, an einer Buche aufgehängt, tot aufgefunden. Dabei hing ein Zettel: „Von drei Räubern ermordet“. Die Sektion ergab jedoch keinen Anhaltspunkt für einen Mord. Es liegt Selbstmord vor.

(Stuttg.) Lustnau N. Lützen, 26. März. Die von Schülern aus Lützen im Kirnbach gefundene Leiche wurde als die des 77jährigen verwitweten Tagelöhners Johann Jakob Better erkannt. Der Mann war in letzter Zeit lebensüberdrüssig, weil sein bescheidenes Vermögen fast aufgebraucht war.

(Stuttg.) Nürtingen, 26. März. Nach Fortführung der Untersuchung ist es einwandfrei festgestellt, daß bei dem Überfall auf den Banditen Schleicher in Wiblingen der Täter der erst etwa 20 Jahre alte Landwirt Emil Kottler von Friedenhausen bei Nürtingen ist. Bei der Leiche des Selbstmörders Kottler fand man außer dem Revolver, mit dem er sich ums Leben gebracht hatte, ein großes Schlachtmesser.

Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 26. März. Am Montag nachmittag trat der Landtag zu einer kurzen Tagung zusammen, um vor Ostern noch einige dringliche Vorlagen zu erledigen. Im Einlauf befanden sich ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Reichle (Soz.) und ein Schreiben des Abg. Müller (Komm.), in dem er seine Verhaftung, die gesetz- und verfassungswidrig erfolgt sei, mitteilte und dem Landtagspräsidenten weitere Schritte anheimstellte. Das Gesetz über eine Aenderung der Feuerlöschordnung wurde in 1.—3. Lesung angenommen unter Erhöhung der angelegten Haft- und Straffummen. Bei der Beratung des Gesetzesentwurfes über eine weitere Beteiligung des Staates an der Redar-A.G. erklärte ein Redner der Bürgerpartei, daß seine Partei nach wie vor dagegen sei, den Kanalbau im jetzigen Zeitpunkt auszuführen und jede Verantwortung ablehne, wenn sie auch nicht geschlossen gegen den Bau des Redarkanals überhaupt sei. Ein demokratischer Redner trat nicht nur für die Fortführung des Kanals in dem geplanten Umfange ein, sondern gab sogar der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich werde, an der Staustufe Oberehlingen weiterzubauen. Auf jeden Fall sollen die angefangenen Bauten vor dem Verfall geschützt werden. Von Soz. Seite wurde betont, daß es sich bei der Vorlage hauptsächlich um den Bau von Kraftwerken handle, die doch ein Bedürfnis der Industrie und Landwirtschaft seien und daß man bei der drohenden Arbeitslosigkeit für eine produktive Verwendung der Arbeitskräfte Sorge tragen müsse. Auch jetzt dürfe man nicht die Hände resignierend in den Schoß legen. Ein Zentrumsredner beiratete den Bau als Landesangelegenheit; er diene in erster Linie dem Zweck, das Baugewerbe, den Handel und das industrielle Leben in Fluß zu halten. Berichterstatter wies in seinem Schlußwort noch einmal darauf hin, daß durch die Vorlage die Mittel für den Ausbau von Kraftwerken beschafft werden sollen. Ein Vertreter der Redar-A.G. gab Auskunft über das Bauprogramm und die Bestellung von Maschinen. Vom Bauernbund wurde ein Antrag eingebracht und begründet, das Stützgesetz über den Verkehr mit Grundstücken innerhalb des Gebietes des Redarkanals aufzuheben. Nach längerer Debatte wurde der Antrag an den Finanzausschuß überwiesen gegen die Stimmen der Soz. und des Zentrums. Die Vorlage über den Redar Kanal wurde dann in 1.—3. Lesung in der Ausschlußfassung angenommen samt der Entschliegung, die vor der Einstellung stehenden Baustellen vor Schäden zu bewahren. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wurde die Beratung des Etatsentwurfes für 1923 auf Dienstag vormittag 8 1/2 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr.

Kleine Anfragen.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. März. Die Abgg. Dr. Schermann-Hanser (Ztr.) haben folgende kleine Anfrage gestellt: Ist der Arbeitsminister bereit, die von dem bayerischen Handelsminister angekündigten Bemühungen zu Gunsten einer erleichterten Kreditgewährung durch die Reichsbank für die unter den besonderen Verhältnissen notleidende Industrie zu unterstützen?

(Stuttg.) Stuttgart, 24. März. Die Abgg. Dr. Schott u. Wiber (B.) haben folgende kleine Anfrage an das Ministerium des Innern gerichtet: Nach den Ausführungen des Ministers Holz im Landtag ist das Verbot nationalsozialistischer Versammlungen deshalb erfolgt, weil die Nationalsozialisten mit Knüppeln bewaffneten Saalküch zu organisieren pflegen. Nach Zeitungsberichten wird bei den Versammlungen des den Abwehrkampf des deutschen Volkes schmähenden H. von Gerlach ein bewaffneter Saalküch organisiert, ohne daß ein Versammlungsverbot ergangen wäre. Gedankt der Minister die Rechtsgleichheit dadurch sicherzustellen, daß er eine nationale Bewegung nicht schlechter behandelt, als eine Bewegung, die in ihren Wirkungen landesverräterisch ist? Wann wird das Verbot nationalsozialistischer Versammlungen aufgehoben? — Bauernbund und Bürgerpartei fragen im Landtag: Wie steht es zur Zeit mit dem Betrieb der Zuraßschleiferwerke in Holzheim? Ist es richtig, daß dort wegen finanziellen Schwierigkeiten Maschinen verkauft werden? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

(Stuttg.) Stuttgart, 26. März. Die demokratischen Abgeordneten Henne und Scheef haben an die Regierung wegen der immer

ärter sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den verwandten Berufen eine kleine Anfrage gerichtet, in der sie die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch Erstellung neuer Gebäude und Nachholung bisher unterbliebener baulicher Unterhaltungsarbeiten an Staats- und Gemeindebauten wünschen. Sie fragen, ob das Staatsministerium bereit ist, bezüglich der staatlichen Bauten umgehend das Erforderliche einzuleiten und auch auf die Gemeindeverwaltungen in diesem Sinne einzuwirken.

Finanzausschuß.

(Stuttg.) Stuttgart, 26. März. Der Finanzausschuß beriet heute die Feststellung des Staatshaushaltsplans für 1923. Nach der Regierungsvorlage soll der erst abgeschlossene Haushaltsplan für 1923 auch für das Rechnungsjahr 1923 gelten. Die Vorlage schließt mit einem Fehlbetrag von 2 1/2 Milliarden Mark ab. Berichterstatter Scheef betonte die Notwendigkeit, das Staatshaushaltsgesetz für 1923 rasch zu verabschieden und glaubt, daß sich der Fehlbetrag selbstverständlich wesentlich, mindestens auf 80 Milliarden Mark, erhöhen werde. Bürgerpartei und Bauernbund lehnten beim außerordentlichen Dienstwohnungsabgabe und staatliche Aufwendungen auf den Wohnungsbau ab. Ein Soz. Redner regte an, auch die im Etat für 1922 als einmalig bezeichnete Ergänzung der Bezüge der ev. und kath. Geistlichen wegzulassen und in einem besonderen Nachtragsetat zu regeln. Der Ausschuß war aber einmütig der Meinung, daß die von der Regierung vorgeschlagene Regelung zweckmäßig sei.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern 20 952 M., der Schweizer Franken 3854 M.

Landesproduktenbörsen.

(Stuttg.) Stuttgart, 26. März. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war auch in dieser Woche ruhig, es fehlt augenblicklich jede Unternehmungslust. Die Preise aller Getreidearten sind ziemlich unverändert. Es notierten je 100 Kilo für gesunde trodene Ware ab württ. Stationen in Tausenden von Mark: Weizen 85—95 (unver.), Sommergerste 70—75 (unver.), Hafer 45—60 (unver.), Weizenmehl Nr. 0 160—170 (unver.), Brotmehl 145—155 (unver.), Kleie 35—40 (unver.), württ. Heu 34—36 (39—40), drahtgepreßtes Stroh 32—34 (38—40). Nächste Börse: 3. April.

Rückgang der Holzpreise.

Bei einer in Horheim Amt Waldshut stattgefundenen Kuchholzversteigerung blieb der Steigerungslös durchschnitlich 20 bis 50 Proz. unter dem forstamtlichen Anschlag. — In Rhein-Bischofsheim wurde eine Stammholzversteigerung im Gemeinewald, zu der bereits zahlreiche Käufer erschienen waren, nicht genehmigt, weil das Angebot weit hinter allen Erwartungen zurückblieb.

Märkte.

In Ravensburg wurden auf dem letzten Wochenmarkt für Ferkel 55 000—80 000, für Läufer 110 000—140 000 M. bezahlt. Sehr lebhaft war der Hundemarkt. Es wurden bezahlt für alte Hühner 4000—5000, Legehühner 5000—6000, Hahnen 3000 bis 5000 Mark, Gänse 12 000—14 000, Tauben 400 Mark das Stück. Hasen kosteten pro Pfund 1000—1100. — Auf dem Weizheimer Markt wurden bezahlt für Ochsen 1 1/2—2 Millionen Mark, für Kühe bis 1 600 000 Mark, Rinder 900 000—1 500 000 Mark, Schweine in 1 1/2 bis 2 Millionen, Kinder und Jungvieh 800 000 bis 1 Million Mark, Milchschweine 50 000—75 000 Mark.

(Stuttg.) Palingen, 26. März. Dem letzten Schweinemarkt waren 120 Milchschweine zugeführt. Der Handel war schleppend, doch wurde alles verkauft. Der Preis für das Stück betrug 60—140 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wägen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schmelzung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der W. G. Schönbauer'schen Buchdruckerei, Calw.

31

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

Auf einmal stand eine Gestalt vor ihren Augen — Klaudine von Gerold in ihrem einfachen Kleide, das Schlüsselbüchsen am Arm, anmutig waltend in der kleinen, dürftigen Häuslichkeit des Bruders; wie ruhig sie erschien, wie glücklich und beglückend! Klaudine hatte schon immer so vorteilhaft abgestochen gegen die anderen Hofdamen; um die Welt hätte sie nicht die kleine Gräfin H. mit dem Soubrettengeflächchen und dem übermütigen Wesen um sich haben mögen hier im stillen Altenstein, ebenfowenig wie Fräulein von X., die fast nie die Augen aufschlug, niemals lächelte; nie hätte man das Verlangen empfinden können, einer von ihnen näher zu treten. Aber Klaudine, Klaudine Gerold! — Und plötzlich ergrieff sie eine förmliche Sehnsucht nach diesem stillen Mädchen mit den ernstesten blauen Augen. Sie drückte auf den Knopf der silbernen Glode, die ihr zur Seite stand, und dann ging sie zum Schreibtisch und warf in fliegender Eile einige Zeilen auf das Papier.

„Diesen Brief an Fräulein von Gerold. Ein Wagen soll hinüber, sie zu holen; aber eilen Sie!“

Und nun ergrieff sie eine fieberhafte Anruhe. Eine Stunde konnte es dauern, in einer Stunde würde sie hier sein können. Sie befaß Feuer im Kamin zu machen und ließ den Teetisch herzurufen in der Nähe der spießenden, zuckenden Flammen.

Dann wanderte sie im Zimmer umher, trat zuweilen ans Fenster und sah in die regennasse Landschaft hinaus. Eine Stunde verrann, noch immer kam sie nicht. Da — horch — ein Wagen! Sie trat vom Fenster zurück, sie hatte Herzkopfen wie eine junge Braut, die den Geliebten kommen hört, und sie

mußte lächeln über sich selbst. „Christine würde mich wieder „kanakisch“ schelten“, flüsterte sie, ihrer Schwester gedenkend, als zu ihrem Erstaunen Baron Gerold gemeldet wurde, „den Hoheit befohlen“. Sie hatte das ganz vergessen. — Heute? Ja, es mußte wohl so sein! Nichtig, sie hatte ihn gebeten, ihr einige Nachrichten über die angeblich große Armut von Wahlerode zu bringen, dem nahe gelegenen Dorfe.

Sie freute sich, ihn zu sehen, und fragte eingehend nach allem, aber zwischendurch horchte sie immer wieder in die Ferne.

„Sie werden mich zerstreut finden, Baron; ich erwarte nämlich Besuch“, sagte sie lachend, als sie sich inmitten einer Auseinandersetzung, den Bau eines Gemeindeparkhauses betreffend, rasch zum Fenster wandte. „Katen Sie, wen? Aber nein, raten Sie lieber nicht, dann wird es eine Ueberraschung für Sie. — Also, mein lieber Gerold, wenn Sie sich des Baues annehmen wollen, so können Sie auf meine Hilfe völlig rechnen.“

„Hoheit sind, wie immer, die Güte selbst“, sprach Lothar und erhob sich.

„Seine Hoheit.“ Scholl plötzlich die Stimme der Frau von Rakenstein, und gleich darauf trat der Herzog ein.

„D, wie gemüthlich, Diesel“, sagte er heiter, die zarte Frauenhand küßend, die sich ihm entgegenstreckte. „Und Sie, lieber Baron, wissen Sie, daß ich eben meinen Jäger zu Ihnen schickte? Ich dachte an eine Partie L'hombre heute. Zum L'hombre spielen muß das rechte Wetter — wie?“

„Hoheit wollen über mich befehlen.“

Der Herzog verwarf ein leises Gähnen und nahm Platz am Kamin; die alte Hofdame war am Nebentische beschäftigt, den Tee zu bereiten; ein Diener ging mit behutsamen Schritten ab

und zu und stand jetzt wie ein Schatten an der Tür, des Augenblicks gewärtig, wo er die Tassen reichen könne. Die Dämmerung war rasch heruntergesunken; man unterschied nur undeutlich noch die Gesichter der Anwesenden; hier und da zuckte ein Flämmchen im Kamin empor und warf ein flüchtiges Streiflicht auf den Herzog. Er sah abgegrünt aus und seine große weiße Hand strich in regelmäßiger Wiederholung durch den blonden Vollbart.

„Es ist doch sehr einsam hier an solchen Tagen“, begann er endlich; „wir sind faktisch auf dem ganzen Wege, ausgenommen Ihr Fräulein Schwester, lieber Gerold, keiner Seele begegnet. Die resolute Dame ging mit Regenschirm und Wettermantel so vernünftig auf der einsamen nassen Straße dahin, als sei es der wonnigste Maimorgen. Vermuthlich steuerte sie nach dem Eulenhäus, denn sie schlug den Weg nach rechts ein.“

„Sicher, Hoheit; sie läßt sich so leicht durch kein Wetter abhalten, ihrer Cousine einen Besuch zu machen.“

Der Herzog nahm eben eine der wappengeschmückten Tassen. „Beneidenswert!“ sagte er halb laut und tat ein riesiges Stück Zucker in den duftenden Trank.

„Die Gesundheit, meinen Hoheit? In der Tat, die Gerolds wissen sämtlich nicht, was Nerven sind; sie haben, was Eurer Hoheit Lieblingschriftsteller seinen Onkel Bräutigam sagen läßt, Nerven wie Stahl und Knochen wie Eisenbein.“

„Allerdings, das meinte ich“, klang es aus dem Munde des Herzogs. Und hastig die Tasse leerend, fragte er: „Ist es jetzt Mode bei dir, im Dunkeln zu sitzen, Diesel? Früher müßtest du Licht haben um jeden Preis.“

(Fortsetzung folgt.)

Vollzugsverfügung der Stadt Calw
zum
Reichsmietengesetz
(R.-G.-Bl. S. 273) und zur
württ. Ausführungsverfügung
(St.-Anz. Nr. 172)
in der Fassung für 1. April 1923

nach Beschluß
des Gemeinderats vom 13. März 1923, § 160.
Art. 1.
Der Gemeinderat überträgt die laufenden Geschäfte der ihm nach § 1 Abs. 2 der A.-V. zustehenden Befugnisse dem städt. Wohnungsamt.

Art. 2.
Die Hundertsätze der Friedensmiete, die zur Berechnung der Grundmiete von der Friedensmiete abzuziehen sind, betragen für Betriebskosten und Instandsetzungsarbeiten 8 v. H. der Friedensmiete. Die Beträge i. S. des § 4 Ziffer 4 der A.-V. (Nebenleistungen) sind ihrer tatsächlichen Höhe nach (vergl. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern über Richtlinien zur Durchführung des Reichsmietengesetzes vom 25. Juli 1922, Ziffer 1, St.-Anz. Nr. 172, S. 2) von der Friedensmiete abzuziehen.

Art. 3.
Der Zuschlag für Erhöhung der Hypothekenzinse i. S. des § 3 Abs. 1 Ziffer 1 R.-M.-G. beträgt, wenn das Mietverhältnis nicht höher festsetzt 40 v. H. der Grundmiete.

Art. 4.
Die Betriebskosten sind, soweit sie auf den Vermieter als Inhaber von Räumen im Hause und auf Mieter mit gesetzlicher Miete entfallen — mit Ausnahme der Verwaltungskosten — ihrem tatsächlichen, den Mietern nachzuweisenden Anfall entsprechend auf die Beteiligten in dem Verhältnis umzulegen, in dem diese von der betreffenden Einrichtung Vorteile haben.

Der Verwaltungskostenzuschlag beträgt bei monatlicher Zahlung der Miete 500 vom Hundert der Grundmiete; bei Verweigerung monatl. Mietzinszahlung durch den Mieter das Eineinhalbfache dieses Satzes.

Art. 5.
Der Zuschlag für die Kosten der Isten Instandsetzungsarbeiten beträgt bei monatl. Bezahlung der Miete 3000 v. H. der Grundmiete, bei Verweigerung monatl. Mietzinszahlung durch den Mieter das Eineinhalbfache dieses Satzes. Ist ein Teil des Mietraumes weiter vermietet, so wird der Zuschlag um 200 v. H. der Grundmiete für jeden Untermieter erhöht. Die Erlassung derjenigen Anordnungen (§ 6 R.-M.-G. und § 9 Ausf.-V.), um nötigenfalls die sachgemäße Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten zu sichern, steht dem Wohnungsamt zu. An dieses haben die Mieter im Falle des § 6 Abs. 2 R.-M.-G. den entsprechenden Teil des Mietzinses zu bezahlen.

Art. 6.
Der Zuschlag für die Kosten der großen Instandsetzungsarbeiten beträgt bei monatl. Bezahlung der Miete 3000 v. H. der Grundmiete, bei Verweigerung monatl. Mietzinszahlung durch den Mieter das Eineinhalbfache dieses Satzes. Dieser Zuschlag ist vom Vermieter gefordert zu verwalten und zu verrechnen.

Art. 7.
Unbeschadet der Befugnisse des Mietvertragsamts i. S. des § 10 Abs. 1 R.-M.-G. wird für gewerbliche Räume (§ 10 Abs. 2 R.-M.-G., § 11 A.-V.) ein Sonderzuschlag erhoben. Dieser beträgt für kleinere (insbesondere von der Wohnung nicht getrennte) Betriebe ein Drittel, für größere (insbesondere von der Wohnung getrennte) Betriebe die Hälfte des für laufende Instandsetzungen zu bezahlenden Zuschlages zur Grundmiete.

Der Sondzuschlag des Absatzes 1 ist auch zu entrichten, wenn Wohnräume nur teilweise aber in erheblichem Umfang zu geschäftlichen Zwecken benützt werden.
Calw, den 27. März 1923
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Kinderwagen, Klappwagen
Kinderstühle, Leiterwagen u. -Räder
Korbwaren, Korbmöbel in hell und dunkel
empfiehlt in schöner Auswahl billigst
Wilh. Frank, Spezialgeschäft für Korbwaren,
Kinderwagen und Korbmöbel in Calw hinter dem Rathaus.

In der Nachlasssache des † Johannes Nütze
in Simmozheim
kommen am Gründonnerstag, den 29. ds. Mts. nachmittags 1 Uhr
1 kompletter, guterhaltener, zweispänniger Kuhwagen, eine Futterschneidmaschine und eine Säulenpumpe zum Verkauf.
Liehaber sind eingeladen.

Veräumen Sie nicht
auf 1. April das „Calwer Tagblatt“ zu bestellen!
Bezugspreis im Monat
April Mark 3400.—

Abgabe von Büchsenfleisch im Aufschnitt
am Donnerstag, den 29. März 1923, nachmittags von 2-4 Uhr, im Rathaus Zimmer 8. Preis 3000 Mk. für das Pfund. Teller oder Einschlagpapier mitbringen.
Calw, den 26. März 1923. Stadtpflege Calw.

Oberamtsparkasse Calw.
Unsere Kasse bleibt geschlossen:
Am Osterfesttag, den ganzen Tag,
am Gründonnerstag, nachm. von 12 1/2 Uhr ab.

Sonder-Angebot.
Drehstrom-Motore

normale, offene Ausführung, garantiert Kupferwicklung, mit einem Jahr Fabrikgarantie.

PS.	Volt	Zustand	Preis
1,2	380 660	gebraucht	M. 300 000.—
1,5	220 380	fabrikneu	M. 450 000.—
2	220 380	"	M. 540 000.—
3	220 380	"	M. 740 000.—
3	380 660	"	M. 740 000.—
4	220 380	"	M. 920 000.—
4,5	220 380	gebraucht	M. 740 000.—
5	220 380	fabrikneu	M. 1 080 000.—
7,5	220 380	"	M. 1 400 000.—
12,5	220 380	wie neu	M. 1 900 000.—
20	220 380	fabrikneu	M. 2 600 000.—

Gleichstrom-Motore

PS.	Volt	Zustand	Preis
1/10	110	gebraucht	M. 700 000.—
1/4	220	"	M. 900 000.—
3	220	"	M. 850 000.—
3	220	fabrikneu	M. 950 000.—
4	220	"	M. 1 100 000.—
45	220	"	M. 6 000 000.—

Sämtliche Motore sind sofort, soweit nicht in Calw lagernd, ab württembergischen Standorten lieferbar.

Ausführung von Licht- u. Kraftanlagen.
Beratungen kostenlos.

Christian Kurz, Calw
techn. Büro. Fernsprecher 57.

Unglaublich
aber doch zahle ich
für jedes Kilo frische
Brombeerblätter
Mark 100.—
dauernder Abnehmer.
Fr. Schmid,
Ernstmühl.

Guterhaltene
Futterschneidmaschine
zu verkaufen
Hirzau, Plettschenau 13.
Stammheim.
Ein schönes 13 Monate altes
Zucht-Kind

verkauft
R. Reichert.

Dennjacht.
Wegen Aufgabe der Farrenhaltung verkaufe ich einen schönen 14 Monate alten
Zucht-Farren
(Ratsched),
Chr. Schöninger.

Pfannkuch & Co
Für Karfreitag
treffen ein:

Seefische
Rabeljau
kopfflos
Pfd. Mk. 1600.—

Schellfische
Pfd. Mk. 1400.—
Wir bitten Einwickelpapier mitzubringen.
Fernspr. 45

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

4 eichene
Nächtischchen
(noch roh) billig zu verkaufen
Gottlob Rentschler,
Schreinermeister, Haggasse.
Einen bereits noch neuen
Herb
hat zu verkaufen.
Karl Nagasse,
Neubengstett.

Von der Linde bis zum Schiffgang gestern nachm. 5 Uhr schwarze

Geldmappe
mit größerem Geldinhalt
verloren.
Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Schwarzbrauner, starker
Nejpinscher
hat sich am Sonntag in Althengstett
verlaufen.

Abzugeben gegen Belohnung
Ulrich Calmbacher,
Oberkollbach.

Verlaufen
hat sich am letzten Freitag mein schwarzer

Dachshund
(Hündin). Um Auskunft bittet
Matthäus Rentschler,
Emberg.



Großer Abschlag!!
Empfehle auf Ostern
prima Eier-Nudeln
1 Pfd. 1200 Mark,
Wasser-Nudeln
1 Pfd. 1000 Mark,
Weizen 0 Mehl
1 Pfd. 900 Mark,
Weizengries
1 Pfd. 1000 Mark,
Reis 1 Pfd. 1000 Mark,
1 Doppel-Seife 200 Gr.
750 Mark

1 Pfd. Seifenpulver 10%
700 Mark.

Wilhelm Wentsch,
Alzburg.

Brut-Eier
von nur erstkl. Stämmen
schwarze Minorca und
Silberhals-Italiener im
Lauch 1-3 frische Eier.
Flügelklammern
kein Ueberfliegen mehr.
Camponier-Nestler
und **Rampfer-Eier,**
Spirale f. Sitzstang.,
unentbehrl. f. jed. Hühnerstall
Geflügelhof Schweiger,
Hirzau.

Hiesiger Liebhaber von
Zinn-
Gegenständen
sucht solche gegen höchste
Preise zu erwerben. Verkaufsbereite Besitzer werden gebeten ihre Adresse auf der Geschäftsstelle ds. Bl. abzugeben.

Drehstrom-Motor
3 P. S. billig zu verkaufen
Ziegler, Stuttgart,
Alexanderstraße 28.

Nach berichtet
das „Calwer Tagblatt“ über
alle wissenschaftlichen
Vorkommnisse!

Holzbronn.
Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Ostermontag, den 2. April 1923 stattfindenden
Hochzeitsfeier
in das Gasthaus zur „Krone“ hier freundlichst einzuladen.
Adolf Rothfuß
Sohn des Schultheißen Rothfuß
Frida Wacker
Tochter des Gottlieb Wacker, Maurermeister, hier.
Kirchgang 12 Uhr

Moderne
Frottestoffe
in schöner Auswahl
karierte und gestreifte
Dirndlzeugle
Baumwollmusline
Wollmusline
weiße und farbige
Boilestoffe
Kleiderleinen
garantiert luft-, licht- und waschecht
in verschiedenen modernen Farben
Zefirstoffe
in hell und dunkel für Blusen und Kleider
Paul Ränchle, am Markt,
Calw.

A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW
Anfertigung
von Zeitschriften,
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Lüchtige Röhren
die etwas im Haushalt mit-
hilft, per sofort oder später
gesucht.
Zimmerrädchen vorhanden.
Frau Philipp Trunk,
Förzheim,
Friedenstraße 87.

Mexger-Lehrling-Gesuch
Einen kräftigen
Sungen
nimmt in die Lehre
A. Wohlleber, Mexgerm.,
Liebenzell.

Lüchtiges Meinmädchen
welches gut bürgerlich
kochen kann, in kleine Familie
gesucht.
Frau Herta Eichele,
Förzheim,
Lindenstraße 39.

Kräftiges arbeitssames
Mädchen
als Beiköchin in größere
Rüche bei hohem Lohn
gesucht.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.